

Die Schweiz nach dem Brexit

Interview mit Dr. Christoph Blocher, Präsident Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Wie bewerten Sie rückblickend nach einigen Wochen den Brexit-Entscheid in Grossbritannien?

Die britische Bevölkerung hat sich für die Selbstbestimmung entschieden. Die Einbindung in die EU war selbst für das mächtige Grossbritannien so belastend, dass es die schmerzliche Trennung auf sich nimmt. Es brauchte viel Mut, der massiven Behördenkampagne, welche den Niedergang des Landes an die Wand malte, zu widerstehen. Die Schweizer haben dies viel früher realisiert. Sie sagten schon am 6. Dezember 1992 Nein zur Anbindung an die EU. Auch damals schon prophezeite man – wie heute in England – den Ruin des Landes, wenn die Schweiz nicht Ja sagt zum EWR/EU-Beitritt. Heute – nach fast 25 Jahren – können diese damaligen Voraussagen nur als Ammenmärchen bezeichnet werden: Die Schweiz steht heute besser da als die europäischen Länder. Wenn Grossbritannien seinen neuen Handlungsspielraum nutzt, dann wird es dem Land besser gehen, als wenn es in der EU bleibt.

Welche Konsequenzen hat der Brexit-Entscheid für die Schweiz?

Er sollte endlich den mehrheitlich euphilien Politikern die Augen öffnen, dass eine Anbindung an die EU nicht erstrebenswert ist. Wer etwas auf sich hält, braucht sich der Eigenständigkeit nicht zu schämen.

Ein EU-Beitritt steht in der Schweiz ja nicht ernsthaft zur Debatte?

Ein Beitritt nicht, denn die Politiker sehen, dass 84% der Bürger

dieser EU nicht beitreten wollen. Also versucht man es hinterherum. Der Bundesrat will bedauerlicherweise mit dem Segen des Parlaments dem Verlangen der EU nachgeben und einen sogenannten «institutionellen Rahmenvertrag», der die Schweiz an die EU binden soll, abschliessen.



Christoph Blocher: «Die Schweiz steht heute besser da als die europäischen Länder.»

Die Konsequenz wäre auch hier eine Preisgabe der schweizerischen Selbstbestimmung.

Das müssen Sie uns genauer erklären.

Die Verhandlungsmandate der Schweiz und der EU sehen vor, dass die Schweiz in allen Bereichen, in denen sie bilaterale Abkommen mit der EU hat, um den Marktzugang zu regeln – also für faktisch alle wichtigen Abkommen – in Zukunft zwingend das Folge-recht der EU übernimmt, ohne dass die Schweizer noch bestimmen können. Zudem: Im Fall von Meinungsverschiedenheiten wür-

de der EU-Gerichtshof abschliessend entscheiden.

Mit einem solchen Abkommen wird die Schweiz nicht nur ihre Selbstbestimmung aufgeben, sondern auch fremde Richter akzeptieren und so unweigerlich – ohne Volksabstimmung – in die EU rutschen.

Sehen Sie das nicht etwas schwarz?

Wir bekommen bereits heute in Teilbereichen vorgeführt, was in Zukunft in allen Politikbereichen gelten soll. So müssen wir bereits heute im Rahmen des Schengen-Abkommens zwingend die Rechtsentwicklung der EU übernehmen. Wenn die EU also die Visumsfreiheit für die Türken in Europa beschliesst, muss die Schweiz nachziehen. Und das Bundesgericht stellt seit einem Urteil vom vergangenen November internationale Verträge konsequent über das schweizerische Recht. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU soll

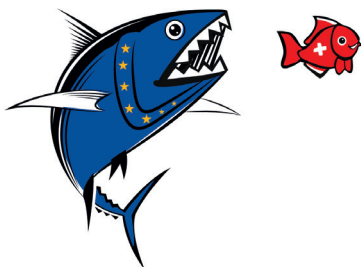
beispielsweise gegenüber abweichenden gesetzlichen Regelungen der Schweiz vorgehen. Das Parlament und die Stimmbürger können im Gesetz beschliessen, was sie wollen, aber es gilt der Personenfreizügigkeitsvertrag – als internationales Recht steht er über der Bundesverfassung. Das gilt es zu verhindern.

Was wären die konkreten Folgen eines solchen Rahmenabkommens?

Die Schweiz würde ihren Handlungsspielraum für bessere Lösungen als die EU preisgeben. Wir wären auf Gedeih und Verderb der Rechtsentwicklung der EU ausgeliefert. Namentlich die Bürger verlieren das Bestimmungsrecht. Wir wären beispielsweise nicht mehr in der Lage, in der Ausländer- und Asylpolitik eigenständig zu handeln. Die Masseneinwanderung setzt sich damit fort. Die Flüchtlingskrise spitzt sich zu. Zudem müssten wir jeden teuren und bürokratischen Unsinn der EU, welcher unternehmerische Freiheit und Arbeitsplätze bedroht, übernehmen. Das kann doch nicht sein. Heute sind wir frei, sinnvolle Regeln nachzuvollziehen und auf unnötige Überregulierungen zu verzichten.

Dann braucht die Schweiz keine Verträge mit der EU?

Doch, dort wo es für beide Seiten Sinn macht und gemeinsame Interessen bestehen. Das Rahmenabkommen wäre jedoch das Ende dieses bilateralen Weges, da in Zukunft eine Partei – die EU – allein bestimmt. Doch wir Schweizer wollen uns nicht dem Diktat von Brüssel unterwerfen.



Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt

www.eu-no.ch

Für den bilateralen Weg – Nein zur EU-Anbindung

Verstärken und unterstützen Sie das Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» (www.eu-no.ch) und tragen Sie dazu bei, eine verhängnisvolle Anbindung an die EU zu verhindern:

- Ich werde Mitglied.
- Ich möchte zunächst Unterlagen des Komitees studieren.
- Senden Sie mir einen Einzahlungsschein.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ: _____ Ort: _____

✂ Talon bitte senden an: Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt», Postfach 54, 8416 Flaach, info@eu-no.ch, Postkonto: 85-126820-7, www.eu-no.ch